04 | 2019

SÜDSEITE

Sanierungszeitung Südliche Friedrichstadt · *Semt yenileme gazetesi* · صحيفة اصلاح وتأهيل المنطقة

Der Ärger in den „BauGrund“-Häusern geht weiter

Elektro-Zweiräder am Mehringplatz: ein Fortschritt?

Gute Wünsche für den Besselpark-Brunnen

Mietenstopp für fünf Jahre kommt jetzt

E X T R A

Was tun am Verkehrsknoten Hallesches Tor?
Halle Kapısı trafik noktasında ne yapılmalı?
ما العمل بشأن التقاطعات المرورية عند محطة المرور هاليشس تور؟

INHALT · İÇİNDEKİLER · الفهرس

FOCUS

Weitere Zeitverzögerung bei der Sanierung der Kurt-Schumacher-Schule 4
Kurt-Schumacher Okulunun tadilat çalışmalarında başka gecikmeler olacak
المزيد من التأخير في إصلاح مدرسة كورت شوماخر

Die Mieter der „Baugrund“ haben sich zusammengeschlossen 4
„Baugrund“ kiracıları birleştiler
مستأجرو شركة "Baugrund" للعقارات يتّحدون

Die IG Metall soll an der Neuenburger Straße günstigere Wohnen bauen 5
IG Metall, Neuenburger Straße’de hesaplı konutlar yapacak
نقابة IG-Metall ستبني مساكن بأسعار مناسبة في شارع نورنبيرجر

THEMA

Elektromobilität am Mehringplatz: wirklich ein Fortschritt? 6
Mehringplatz’da elektrikli araçlar: Gerçekten mi bir gelişme?
التنقّل بالمركبات الكهربائية في ساحة ميرينج بلاتز: هل هو تقدّم بالفعل؟

REPORT

Beumer & Lutum: Backstube mit einem Hauch Orient 12
Beumer & Lutum: Şark izleri barındıran fırın
Beumer & Lutum: مخبزة بنفحة شرقية

Beim „Aufbruch Mehringplatz“ kommen die Probleme auf den Tisch 13
„Mehringplatz Hareketinde“ sorunlar masaya yatırılıyor
مشاكل مشروع "نهضة ميرينج بلاتز" مطروحة على الطاولة

Gute Wünsche für den Brunnen im Besselpark 13
Besselpark’da bulunan çeşme için iyi dilekler
أمنيات جديدة من أجل نافورة منتزه بيسلبارك

RECHT

Mietenstopp für fünf Jahre in Berlin kommt jetzt 14
Berlin’de artık kiralar beş yıllığına donduruluyor
تجميد أسعار الإيجار لمدة خمس سنوات يصل الآن إلى برلين

Bei den Tieren der Zukunft im Kindermuseum 15
Çocuk müzesinde geleceğin hayvanları
حيوانات المستقبل في متحف الأطفال

KAMPF DEN HUDDELECKEN UND ANGSTRÄUMEN

Rund um die AGB sollen in diesem Winter Bäume gefällt und verwildertes Gestrüpp zurückgestutzt werden. Dass die umfangreichen Rodungen nicht jedem gefallen werden, ist der AGB klar. „Wir wollen Angsträume beseitigen“, erklärt AGB-Sprecherin Anna Jacobi. Die zugewucherten Gebüsche würden immer mehr Drogendealer und -konsumenten anlocken. Außerdem sei das Gelände seit langer Zeit nicht mehr landschaftsgärtnerisch gepflegt worden. Götterbäume und hochgiftige Eiben hätten sich breit gemacht. ■

MARGIT BOÉ IST GESTORBEN

Die engagierte Mehringplatz-Anwohnerin Margit Boé ist am 4. September im Alter von 74 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben. Die Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin hat als Gründerin des Bürgervereins La Belle Alliance hartnäckig gegen die Verwahrlosung des Mehringplatzes und seiner Umgebung gestritten und dabei beharrlich die Beteiligten zum Handeln aufgefordert – zuweilen in einem harschen Ton, von dem sich so mancher vor den Kopf gestoßen fühlte. Der letzte Erfolg ihres Engagements war der Bau eines Sonnenschutzes auf dem Besselpark-Spielplatz. Margit Boé war gerade erst neu in die Gebietsvertretung der Südlichen Friedrichstadt gewählt worden. Sie konnte dieses Ehrenamt aber nicht mehr antreten. ■

Sanierungsberatung

Von Stadtkontor gibt es immer montags von 10 bis 13 Uhr und mittwochs von 14 bis 17 Uhr in der **Kiezstube** am Mehringplatz 7 eine Sprechstunde zu allen Fragen und Problemen rund um die Sanierung.

Aus dem Sanierungsbeirat

Die wichtigsten Themen der letzten Sanierungsbeiratssitzungen am 18. September und 23. Oktober waren:

- **Verkehrsuntersuchung Hallesches Tor**
- **Umgestaltung des Blücherplatzes**
- **Baufortschritt auf dem Mehringplatz**
- **Der OKRA-Plan von 2014 und seine Bedeutung in der Verwaltung**

Termine und Protokolle der Sitzungen finden Sie unter www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

WEG FREI FÜR DIE GITSCHINER GRÜNFLÄCHEN

Die Gitschiner Freiflächen zwischen dem Mehringplatz und dem Landwehrkanal können ab dem kommenden Jahr umgestaltet werden. Die AOK hat sich nun mit der Fällung der Pappelreihe an ihrer Grundstückskante einverstanden erklärt. Die Bäume müssen entfernt werden, weil ihre Wurzeln sonst die geplante Befestigung des Weges Richtung Mehringbrücke zerstören würden. Es werden Ersatzbäume gepflanzt.
Auf Anregung eines Anwohners und der Gebietsvertretung wurde in der Grünanlage zum Gedenken an verstorbene engagierte Kiezbewohner ein Amberbaum gepflanzt. Bezahlt wurde er aus dem Aktionsfonds des Quartiersmanagements. ■

LANDESBIBLIOTHEK: EINLADUNG ZUM PLANEN

Die Amerika-Gedenkbibliothek wird zur Zentral- und Landesbibliothek ausgebaut. Dafür müssen am Blücherplatz zusätzliche Gebäude entstehen. Erst 2026 soll der Bau beginnen – Zeit genug, gründlich zu planen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat deshalb Anwohner und Bibliotheksnutzer zum Mitplanen eingeladen: Wo könnten neue Gebäude stehen und wie kann der Blücherplatz attraktiv und einladend gestaltet werden? Über diese Fragen wurde im Oktober und November in zwei Planungswerkstätten diskutiert. Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe werden am 17. Januar 2020 die Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert. ■

INFO

www.zlb.de/ueber-uns/projekte/neubauprojekt/aktuelles.html

Kostenlose Mieterberatung

Immer montags bietet asum von 16 bis 18 Uhr im **tam – Interkulturelles Familienzentrum,** Wilhelmstraße 116/117, eine kostenlose Beratung für Mieter an.

Ebenfalls montags von 16 bis 18 Uhr gibt es eine offene Anwaltssprechstunde in der **Kiezstube** am Mehringplatz 7.

WEITERE ZEITVERZÖGERUNG

FÜR DIE SANIERUNG DER KURT-SCHUMACHER-SCHULE MUSS EIN NEUES ARCHITEKTURBÜRO GESUCHT WERDEN

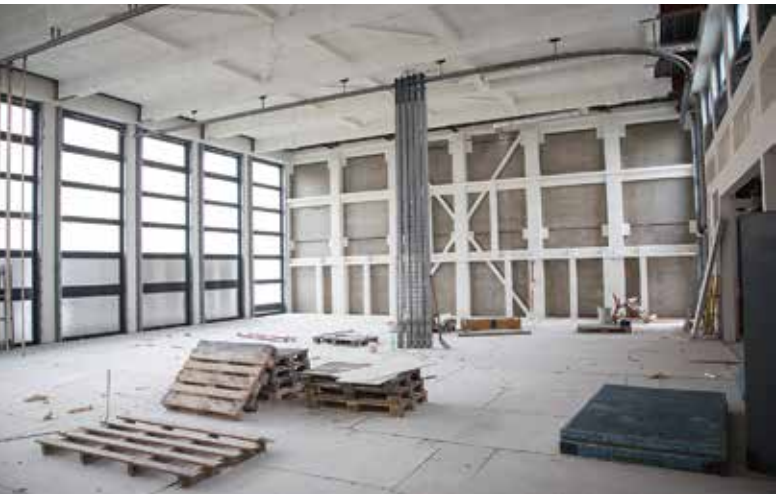
Das Bezirksamt musste dem bislang mit den Arbeiten an der Kurt-Schumacher-Schule beauftragten Architektenbüro kündigen. Was der Auslöser dafür war, wurde mit Verweis auf die laufende rechtliche Auseinandersetzung nicht mitgeteilt. Nun muss der Bezirk ein neues Büro suchen, das die Bauarbeiten plant und beaufsichtigt. Die ins Auge gefasste Fertigstellung von Schulgebäude und Turnhalle zum Schuljahr 2020/21 wird kaum zu halten sein.
Die Arbeiten am Brandschutz des Hauptgebäudes sind schon seit 2014 von Pannen geprägt. Firmeninsolvenzen und -kündigungen haben immer wieder zu Verzögerungen geführt. Der Rechnungshof von Berlin hat in seinem Jahresbericht 2019 bemängelt, dass die Bauplanungsunterlagen nicht ausreichend geprüft worden seien und so die kalkulierten Baukosten von 4,68 Millionen Euro um 2,2 Millionen Euro überschritten worden waren.
Baustadtrat Florian Schmidt entgegnete: „Erst während der Baudurchführung wurde festgestellt, dass die Schlussfolgerungen der Planer nicht richtig beziehungsweise unvollständig waren. Auch sind die Mehrkosten und Zeitverzögerungen durch Insolvenzen, Kündigungen und Mängel in der Bauausführung vorher nicht erkenn- oder kalkulierbar."
Der Bezirk bedauert den neuerlichen Zeitverzug. Als kleine „Entschädigung" für die Schüler wurden Malerarbeiten durchgeführt, der Schulhof aufgemöbelt, und am Freizeitgebäude ein von der Schule gewünschtes Sonnensegel angebracht. ■

»Das ist ganz bitter für alle Schülerinnen und Schüler der Kurt-Schumacher-Schule, für alle Lehrkräfte und Schulbeschäftigten und auch für die Eltern.«

Aus dem Informationsschreiben des Bezirksamts vom 23. September 2019 an die Betroffenen

INFO

Am 10.12. findet der nächste Runde Tisch im „Freizeit"-Gebäude der Kurt-Schumacher-Schule, Puttkamerstraße 19 ab 16.15 Uhr statt. An dieser Sitzung werden auch die Stadträte Florian Schmidt und Andy Hehmke teilnehmen.



„ES REICHT!"

DIE SCHLIMMEN ZUSTÄNDE IN DEN HÄUSERN DER BAUGRUND SCHWEISSEN DIE MIETERSCHAFT JETZT ZUSAMMEN

„Es reicht!" lautet das kämpferische Motto der Mieterinitiative Mehringplatz-West. Der Rattenbefall in den Kellern der Wilhelmstraße 2-6 hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Alle zwei Wochen treffen sich die Mieter und haben sich innerhalb kürzester Zeit zu einer engagierten schlagkräftigen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Um einen Überblick zu bekommen, sollen sämtliche Mängel erfasst werden. Unrat und Ratten in den Kellern sind nur einer der vielen Missstände. Rohrbrüche, Schimmel, defekte Klos und ausgefallene Fahrstühle sind wiederkehrend an der Tagesordnung.
Anfang November wurden immerhin die Kellergänge entrümpelt und von Rattenkot gereinigt. Ende November sollen die Verschläge folgen, wobei bislang unklar ist, wo die Mieter ihre Sachen derweil unterstellen können. Dazu kommt der erschreckende Leerstand in der Gewerbezeile. Ende Oktober hat das Restaurant Yildiz dicht gemacht. Wie einige Anwohner vom Betreiber erfuhren, habe er immer nur Einjahresverträge bekommen. Zudem habe ihn die BauGrund bei der Beseitigung von Wasserschäden hängen lassen. Von der BauGrund war dazu keine Stellungnahme zu bekommen.
„Wir lernen uns allmählich kennen, und das Vertrauen wächst", meinte die Teilnehmerin einer gut besuchten Mieterversammlung im Oktober. Langfristig wünschen sich die Mieter, dass die Wohnungen an eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft übertragen werden. ■

INFO

Mieter können sich an die kostenlose Rechtsberatung der asum wenden. Terminvergabe unter info@asum.de oder unter 030 2934310. Beratung ohne Termin: montags von 16-18 Uhr in der Kiezstube am Mehringplatz 7

Von eigenmächtiger Mietminderung ist dringend abzuraten!

KONTAKT

Die Mieterinitiative sammelt die Mängel: E-Mail an mangel@mehringplatzwest.de

Leerstehende oder zweckentfremdete Wohnungen können gemeldet werden an beyer@asum-berlin.de

KEINE AUSNAHME FÜR DIE GEWERKSCHAFT

DER BEZIRK WILL DIE IG METALL DAZU BEWEGEN, GÜNSTIGERE WOHNUNGEN ZU BAUEN

Die Gewerkschaft IG Metall möchte mehr Präsenz in der Hauptstadt zeigen und daher ihr Grundstück Lindenstraße/Neuenburgerstraße 5-8 bebauen. Die IGEMET, die den Immobilienbesitz der IG Metall treuhänderisch verwaltet, legte dem Bezirksamt einen Plan vor, der neben 70 Prozent gewerblicher Nutzung für Büros, Konferenz- und Tagungsräume sowie Ladenflächen im Erdgeschoß auch 24 Mietwohnungen an der Neuenburger Straße vorsieht. Die Nettokaltmieten dort sollen auf 10 Euro pro Quadratmeter begrenzt sein. Das entspricht jedoch nicht den sozialen Sanierungszielen, die verlangen, dass so viele Wohnungen wie möglich gebaut werden. Davon sollen mindestens 30 Prozent wie Sozialwohnungen mietpreis- und belegungsgebunden sein – das bedeutet, dass sie nach den aktuellen Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB 2018) eine Anfangsmiete von 6,50 Euro pro Quadratmeter aufweisen.

Laut IGEMET-Geschäftsführer Stephan Achenbach, der das Vorhaben im November im Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung vorgestellt hat, rechne sich das nicht. „Wenn wir die 10 Euro nicht verlangen, dann handeln wir treuwidrig und würden die Gelder der IG-Metall-Mitglieder entwerten“, sagte er. Es müsse auch Wohnungen für mittlere Einkommen geben. „Wir sind der Meinung, dass wir nichts sozial Unverträgliches vorschlagen.“ Öffentliche Fördergelder für den Bau von Sozialwohnungen will die IGEMET nicht beantragen. „Es gibt bei uns einen Grundsatzbeschluss, keine Fördermittel in Anspruch zu nehmen“, erklärte Stephan Achenbach.

Bei den Bezirksverordneten traf das auf wenig Verständnis. Die Mehrheit aus Grünen und Linken lehnt es ab, die Sanierungsziele zu ändern, um das IG-Metall-Vorhaben in der von ihr geplanten Form zu ermöglichen. Auch die Gebietsvertretung hat sich einstimmig dagegen ausgesprochen. Die asum hat zudem ausgerechnet, dass die geplanten Wohnungen überwiegend am Bedarf der im Sanierungsgebiet wohnenden Menschen vorbeigehen.

Das Bezirksamt hat der IGEMET deshalb keine sanierungsrechtliche Genehmigung erteilt. Für Baustadtrat Florian Schmidt ist damit aber die Tür noch nicht endgültig zu: „Wenn sich die IG Metall zu 30 Prozent Wohnungen mit einer Miete von 6,50 Euro durchringen könnte, dann steht einer sanierungsrechtlichen Genehmigung nichts im Wege.“ Eventuell kann dann ein anderer Teil der Wohnungen auch für mehr als 10 Euro vermietet werden. Stephan Achenbach sagte zu, die Vorgaben für eine Genehmigung zu prüfen. Der Baubeginn wird ohnehin nicht vor 2021 sein. ■

»Die IG Metall hat auch eine soziale Verantwortung und darf sich nicht so verhalten wie gewöhnliche Investoren.«

Lothar Jösting-Schüßler, Bezirksverordneter der Linken

AUS DER BAHN GERATEN?

DER MEHRINGPLATZ IST EIN PARADIES FÜR ELEKTROZWEIRÄDER: ÖKOLOGISCHE MIKROMOBILITÄT ODER NUR EIN NEUES GESCHÄFTSMODELL?

»Ich finde die E-Roller in der Stadt total nervig. Sie sind für mich auch kein Beitrag zum Klimaschutz.«

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) übt deutliche Kritik an der E-Tretroller-Flut in Berlin.

Seit Juni hat sich das Berliner Straßenbild stark verändert. Zu den Leihfahrrädern, die schon seit ein paar Jahren herumstehen, sind plötzlich geschätzte 5000 Elektro-Tretroller hinzugekommen, die an allen möglichen und unmöglichen Ecken auf Kunden warten. Sofort hagelte es Beschwerden – nicht nur über wild abgestellte Roller, die andere Verkehrsteilnehmer behindern, sondern auch über Fahrer, die rücksichtslos auf Gehwegen rasen, Fußgänger gefährden und besonders Menschen, die nicht gut zu Fuß sind, extrem verunsichern.

Der Mehringplatz ist mit dem Anfang der Friedrichstraße ein Paradies für die Nutzer der neuen Fahrzeuge: Die breiten Wege sind autofrei und das E-Rollerfahren ist dort sogar völlig legal. Der Außenring und die Friedrichstraße sind hier nämlich nicht als Fußgängerzone, sondern als gemeinsamer Geh- und Radweg ausgeschildert – freie Fahrt für die motorisierten Tretroller.

Das Ordnungsamt Friedrichshain-Kreuzberg hat in den letzten Monaten etliche Gefährdungen durch fahrende und abgestellte E-Roller festgestellt. Zahlen speziell zu E-Rollern und Leihrädern werden aber nicht erfasst. Bei Beschwerden fordert das Ordnungsamt den Anbieter auf, die Gefährdung zu beseitigen. Falls nötig, wird der Roller sichergestellt und Anzeige erstattet.

Schon sieben Wochen nach der Zulassung der Roller setzte sich die Berliner Verkehrssenatorin Regine Günther mit den Bezirksbürgermeistern von Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Mitte, der Polizeipräsidentin und Vertretern von fünf Verleihern zusammen, um die Rollerflut in Bahnen zu lenken. „Gehwege sollen besonders geschützte Räume für Fußgängerinnen und Fußgänger bleiben“, meint die Senatorin. Ab 2020 sollen die Roller nur noch auf eigens angelegten Stellplätzen am Straßenrand abgestellt werden. Dafür werden einzelne Autoparkplätze entfallen. Zudem soll es „No-Park-Zones“ geben, an denen das Abstellen nicht möglich ist, weil es die erforderliche App nicht zulässt. Am Brandenburger Tor und am Holocaust-Mahnmal wurde das bereits eingeführt.

Dass Elektro-Tretroller ein Beitrag zur Verkehrswende sind, darf bezweifelt werden. Für den täglichen Gebrauch sind sie einfach zu teuer. Die Kosten belaufen sich auf 15 bis 20 Cent pro Minute plus einem Euro Ausleihgebühr. Die Stunde kostet also 10 bis 13 Euro. Wären sie wirklich für den Weg zur Arbeit gedacht, müssten sie auch in den Außenbezirken stehen. Das Angebot ist aber ganz auf

INFO

Meldung störender Leihfahrzeuge ans Ordnungsamt:
Telefon: 90298-2246
https://ordnungsamt.berlin.de/

Touristen zugeschnitten und wird fast ausschließlich für Spritztouren im Innenstadtbereich genutzt.
Auch die Ökobilanz dieser Fahrzeuge ist umstritten. Die Roller machen zwar keinen Lärm und hinterlassen keine Abgaswolken. Doch der Strom muss auch erst einmal in Kraftwerken erzeugt werden und der Abbau der Rohstoffe, die für die Herstellung der Akkus benötigt werden, hat große Umweltschäden zur Folge. Zudem halten die Akkus nur ein bis zwei Jahre. Verschlechtert wird die Ökobilanz noch dadurch, dass die E-Tretroller jeden Abend mit Lieferwagen eingesammelt werden, damit sie wieder aufgeladen werden können. Das machen sogenannte Juicer, das sind Leute, die zum Beispiel beim Unternehmen Lime für das Einsammeln, das Aufladen an ihrer heimischen Steckdose und das Wiederaufstellen vier Euro pro Stück bekommen. „Das ist Ausbeutung pur“, sagt Gerd Denzel von der Gewerkschaft ver.di. In München kam es wegen eines überhitzten E-Roller-Akkus schon zu einem Wohnungsbrand.
Auch um den Datenschutz ist es schlecht bestellt. Die Verleihfirmen erheben die Kontaktdaten und Kontoverbindungen der Nutzer und zeichnen jeden gefahrene Meter auf. Aus dem Bewegungsprofil lassen sich leicht Wohn- und Arbeitsort, Einkaufs- und Freizeitverhalten herauslesen. Der Handel mit den Nutzerdaten ist für die Verleihfirmen ein gutes Geschäft. ■

Elektro-Roller: Was ist erlaubt, was nicht?

Die Regeln für E-Scooter stehen in der Elektro-Kleinstfahrzeuge-Verordnung vom 6. Juni 2019. Elektro-Roller darf man ohne Führerschein ab 14 Jahren fahren. Ein Helm muss nicht getragen werden, wird aber angesichts der Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h empfohlen. E-Rollerfahrer müssen Radwege benutzen. Wo es keine gibt, müssen sie auf der Fahrbahn fahren. Gehwege, Fußgängerzonen und Grünanlagen sind tabu. Zu zweit auf einem Roller zu fahren, ist nicht erlaubt. Es gelten die gleichen Alkohol-Promillegrenzen wie bei anderen Fahrzeugen. Auch das Telefonieren während der Fahrt ist verboten.
Das Abstellen im öffentlichen Straßenland ist gestattet, es darf aber niemand behindert werden. Die Verleiher dürfen wie bei den Leihrädern höchstens vier Fahrzeuge an einem Ort aufstellen. ■

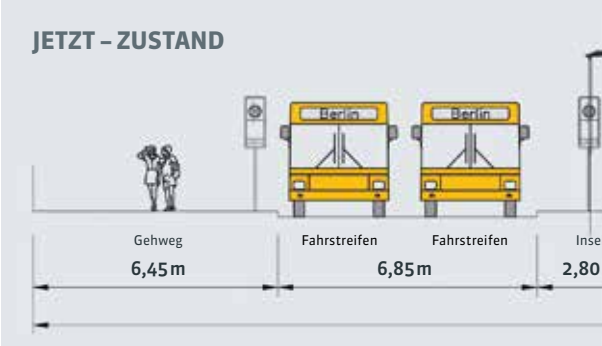
WAS TUN AM VERKEHRSBRENNP HALLESCHE-TOR-BRÜCKE?

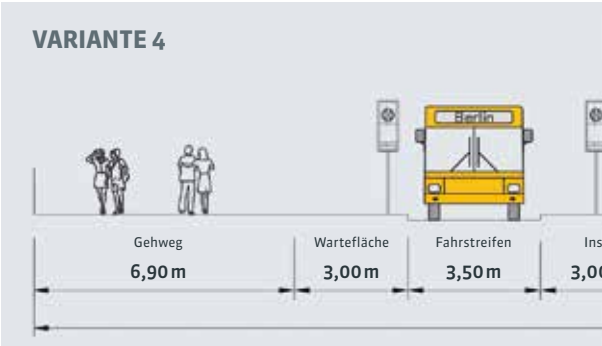
EINE VERKEHRSUNTERSUCHUNG ZEIGT AUF, WIE DIE BEDINGUNGEN FÜR FUSSGÄNGER, UND BVG-FAHRGÄSTE VERBESSERT WERDEN KÖNNEN

Um das Fuß- und Radwegenetz zu verbessern und den Bus- und Bahnverkehr attraktiver zu machen, hat das Bezirksamt eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben. Das Büro VerkehrsConsult Dresden-Berlin (VCDB) hat sich ein Jahr lang die Situation zwischen Lindenstraße, Zossener Straße, Blücherstraße, Mehringdamm, Wilhelmstraße und Franz-Klühs-Straße angesehen und Vorschläge zur Umgestaltung ausgearbeitet.

Die Hallesche-Tor-Brücke stand besonders im Blickpunkt der Verkehrsuntersuchung. Um sie für Fußgänger und Radfahrer möglichst einladend zu gestalten, müssten idealerweise die raumgreifenden Bushaltestellen verschwinden. Andererseits sollen auch die Bus- und U-Bahn-Fahrgäste kurze und bequeme Umsteigewege haben – ein schwer zu lösender Zielkonflikt. „Wir müssen im begrenzten Verkehrsraum die Bedingungen so gestalten, dass sie für alle Verkehrsteilnehmer hinreichend sind“, erklärt Thomas Lehmann vom Büro VCDB seine Aufgabe.

Für die Hallesche-Tor-Brücke haben die Verkehrsplaner vier Varianten erarbeitet – von der Beibehaltung des jetzigen Zustands bis zur reinen Fußgänger- und Radfahrerbrücke. Eine Arbeitsgruppe aus Fachvertreterinnen und -vertretern der Senatsverwaltun-





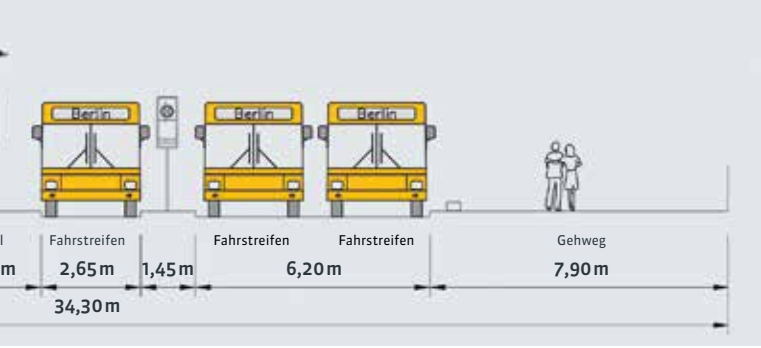
UNKT

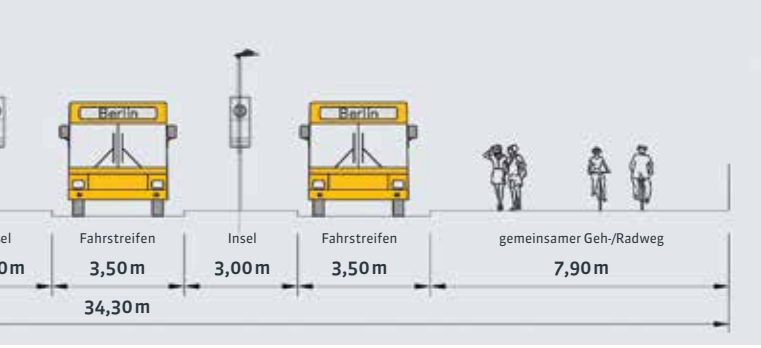
RADFAHRER

gen für Verkehr und für Stadtentwicklung, der Verkehrslenkung Berlin, der BVG, des Bezirksamts und des Sanierungsbeauftragten Stadtkontor hat die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten mit einem Punktesystem bewertet.

Punktsieg für eine Mix-Variante

Eindeutiger Punktsieger bei ihnen ist die Variante 4: Dabei wird die Zahl der Busspuren von fünf auf drei verringert. Mit dem gewonnenen Platz würde der Gehweg vor dem Hochbahneingang um drei Meter verbreitert. Die Wartebereiche für die Busfahrgäste sind dabei großzügiger und barrierefrei. Auf der Ostseite der Brücke sollen neue Fußgänger- und Fahrradüberwege mit Ampeln über die Gitschiner Straße und das Waterloo-Ufer entstehen. ▶





AUTOS, RADFAHRER, FUSSGÄNGER, UNFÄLLE

Das Verkehrsgeschehen rund um das Hallesche Tor ist ganz stark vom Autoverkehr geprägt. Einer Zählung zufolge sind auf den Kanaluferstraßen innerhalb von 24 Stunden rund 42 000 Kraftfahrzeuge unterwegs. Die Zossener Brücke und die Mehringbrücke überqueren jeweils 29 500 Kraftfahrzeuge am Tag. Für Radfahrer und Fußgänger liegen nur Zähldaten für die 12 Stunden von 7 bis 19 Uhr vor: Jeweils rund 5 000 Radler überqueren in den Tagstunden die Brücken. Über die Hallesche-Tor-Brücke fahren verbotenerweise 1800 Radfahrer. Fußgänger nutzen die Brücken deutlich seltener: Es sind 1 400 beziehungsweise 2 100 Passanten in 12 Stunden. Dafür ist die Hallesche-Tor-Brücke umso frequentierter: Rund 9 000 Fußgänger überqueren hier den Landwehrkanal. Wenn bei der U-Bahn Schienenersatzverkehr herrscht, steigt der 12-Stunden-Wert auf 17 000 an.

In den Jahren 2016 bis 2018 gab es im Untersuchungsgebiet insgesamt 1 515 Verkehrsunfälle mit 263 Verletzten und einem Todesopfer. Es hat also ungefähr zehnmal pro Woche gekracht. Die meisten Unfälle ereigneten sich an den großen Kreuzungen. In 153 Fällen waren Radfahrer beteiligt, in 15 Fällen Fußgänger. In der großen Masse sind also ausschließlich Kraftfahrzeuge in die Unfälle verwickelt. ■

INFO

Der Abschlussbericht der Verkehrsuntersuchung ist auf der Internetseite des Sanierungsgebiets veröffentlicht:

www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de
https://ordnungsamt.berlin.de/

»Die Nutzung der Brücke als Parkplatz für Busse ist inakzeptabel.«

Gebietsvertreter Andreas Eckert

Für Fußgänger und Radfahrer wird die Situation damit wesentlich attraktiver. Das Ziel einer busfreien Brücke wird allerdings nicht erreicht. Sowohl die BVG als auch die Senatsverwaltung für Verkehr sprachen sich für die Beibehaltung der Bushaltestellen aus. Würden die Busse an den Kanaluferstraßen halten, wären die Umsteigewege zur U-Bahn länger.

Die Gebietsvertretung zeigt sich von den vier Entwurfsvarianten für die Hallesche-Tor-Brücke enttäuscht. Ihr Ziel war eine Brücke ohne Busse, die Fußgängern und Radfahrern vorbehalten ist. Sie brachte die Überlegung ins Spiel, dass der Ausbau der Amerika-Gedenkbibliothek zur Zentral- und Landesbibliothek ab 2026 das Gesicht des Blücherplatzes gänzlich verändern wird. Daher sollte die Gestaltung der Hallesche-Tor-Brücke noch einmal neu überdacht werden. Auch ein Ausbau des Straßenbahnnetzes im Bereich der Brücke könnte den Verkehrsknoten in Zukunft noch einmal verändern. Es gibt zwar

Unsicherheitsfaktor Straßenbahn

noch keine konkreten Pläne für Tramlinien in Kreuzberg, doch das Büro VCDB hat festgestellt, dass im Untersuchungsgebiet fast alle Straßenabschnitte Platz genug für eine Straßenbahn bieten.

Um einer zukünftigen Gesamtlösung nicht vorzugreifen, hat sich die Gebietsvertretung deshalb für lediglich kleine Veränderungen ausgesprochen, die den Radfahrern das legale Überqueren der Brücke ermöglichen, aber sonst erst einmal alles so belassen, wie es ist. Das Büro VCDB hat nach diesen Vorgaben eine Variante 5 gezeichnet, für die sich die Gebietsvertretung mit knapper Mehrheit denn auch ausgesprochen hat.

Das Bezirksamt blieb jedoch bei der Entscheidung für Variante 4. „Diese Variante verbindet noch am besten die Ansprüche, die wir gestellt haben“, erklärt Matthias Peckskamp, Leiter des Fachbereichs Stadtplanung im Bezirksamt.

Im Oktober hat der Bezirk bei der Senatsverwaltung die Förderung der Baumaßnahme beantragt. Die Kosten der Brücken-Umgestaltung einschließlich des barrierefreien Ausbaus der Bushaltestellen werden auf 1,71 Millionen Euro geschätzt. Wenn die Gelder

Ideen für die Radfahrer

aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz bewilligt werden, kann im nächsten Jahr der genaue Umbauplan erarbeitet werden. Die Bauarbeiten könnten dann im Jahr 2021 beginnen.

Auch für andere Ecken machen die Verkehrsplaner Vorschläge. Sie wollen den Blücherplatz verkehrsberuhigt gestalten und die alte Straßenachse vom Mehringdamm zum Halleschen Tor mit einer Baumallee betonen. Hier soll ein geradliniger Radweg vom Mehringdamm zum Blücherplatz entstehen.

Radfahrer, die von Süden kommend auf kürzestem Weg Richtung Mitte fahren wollen, müssen dann nicht mehr an der Blücherstraße zweimal abbiegen.

Leichtere Straßenquerung für Fußgänger

Unstrittig ist die Markierung von Radspuren auf beiden Seiten der Kanaluferstraßen. Dafür werden einige Parkplätze am Fahrbahnrand entfallen. Auch in der Blücherstraße hinter der Bibliothek könnten geschützte Radstreifen abgetrennt werden. Für ein sicheres Linksabbiegen der Radfahrer sollten an den großen Kreuzungen Mehringdamm/Blücherstraße, Zossener Straße/Blücherstraße, Zossener Brücke und Mehringbrücke neue Wartebereiche auf dem Asphalt markiert werden.

Für Fußgänger plant das Büro VCDB auch bauliche Maßnahmen an zwei Stellen, um das Überqueren zu erleichtern. Um auf Höhe der Johanniterstraße besser über die Zossener Straße zu kommen, könnte man zum Beispiel die Gehwege auf beiden Seiten in den Straßenraum vorziehen und in der Mitte der Fahrbahn eine Warteinsel anlegen. Für eine leichtere Überquerung der Lindenstraße sind auch an der Kreuzung mit der Alten Jakobstraße und Brandesstraße Gehwegvorstreckungen vorgesehen. Zu prüfen wäre, ob man an diesen beiden Stellen sogar Fußgängerampeln aufstellt. ■

»Für uns ist es ein bisschen bitter, dass wir uns abschminken müssen, die Brücke vom Busverkehr freizubekommen.«

Matthias Peckskamp, Leiter des Fachbereichs Stadtplanung im Bezirksamt

DER GEIST DER AUTOGERECHTEN STADT

Vor 120 Jahren war das Hallesche Tor nach dem Potsdamer Platz noch Berlins zweitwichtigster Verkehrsknotenpunkt. Auch wenn die Bedeutung heute längst nicht mehr so groß ist, herrscht hier ein enormer Verkehr. Nach den großen Kriegszerstörungen wurden die Straßen in den 60er und 70er Jahren autogerecht umgebaut: Die Hauptstraßen führen seither nicht mehr auf den Mehringplatz und den Blücherplatz. Die Lindenstraße wurde mit der Zossener Straße verbunden, und die Wilhelmstraße mit dem Mehringdamm zusammengeführt. Die Blücherstraße wurde hinter die Amerika-Gedenkbibliothek über Friedhofsgelände verlegt. Auch die Straßen am Ufer des Landwehrkanals wurden zu Verkehrsschneisen verbreitert. Fußgänger und Radfahrer haben seither zwar den Mehringplatz für sich, ansonsten ist die Situation aber für Fußgänger und Radfahrer unbefriedigend. Das zeigt sich besonders deutlich an der Brücke am Halleschen Tor: Sie ist zwar sehr breit, wird aber hauptsächlich vom Busverkehr und seinen Anforderungen beherrscht. Fußgänger können nur auf der Westseite der Brücke vom Mehring- zum Blücherplatz gehen und müssen an den Ampeln teilweise länger als eine Minute warten. Auf der Ostseite der Brücke verhindern Absperrgitter den Übergang. Das Radfahren ist auf der Brücke überhaupt nicht erlaubt. Radler müssen entweder schieben oder weite Umwege fahren. Abgesehen von einigen zwischenzeitlich angelegten Radwegen und Busspuren weht rund um den Bereich der Brücke am Halleschen Tor immer noch der Geist der autogerechten Stadt. ■

NICHT ALTBACKEN

IN DER NEU ERÖFFNETEN BÄCKEREI-FILIALE VON „BEUMER & LUTUM“ VERBEUGT MAN SICH VOR DER JÜDISCH-ORIENTALISCHEN UMGEBUNG

„Oje“, dachte Filialleiter Falk Wendt, als er den rund 100 Quadratmeter großen Raum mit dem grauen Sichtbeton zum ersten Mal gesehen hat. Um ein wenig Wärme und Gemütlichkeit reinzubringen, wurden marokkanische Fliesen und viele Lampen verwendet. Überhaupt wollte man in der sechsten Bäckereifiliale von Beumer & Lutum einmal Neues ausprobieren. „Bäckereien haben ja ein eher altbackenes Image“, so Wendt. Statt der üblichen hohen Theke wurde eine niedrige reingestellt und statt einer 08/15-Einrichtung Theaterstühle und Barhocker.

Es war Benita Braun-Feldweg, Bauherrin des Metropolenhauses und Mitglied in der Gebietsvertretung, die bei Beumer & Lutum angefragt hatte, ob sie hier nicht einen Standort eröffnen wollten. Im Wrangelkiez, wo Braun-Feldweg lange Zeit gewohnt hat, ist die Bio-Bäckerei eine Institution. Zum Kitaschluss gibt es da schon mal Kinderwagen-Stau. Hier, gegenüber dem Jüdischen Museum, sind es vor allem Angestellte der umliegenden Firmen, die zum täglich wechselnden Mittagstisch kommen. Bei schönem Wetter kann man draußen sitzen, was den Platz belebt. Es gibt Maultaschen mit Salat, vegetarisches Stroganov oder Quiche – alles in Bio-Qualität zum Preis von 7,50 Euro. Auf der Speisekarte stehen auch Mezze mit Hummus, Couscous und Rote-Beete-Salat. Die vor Ort frisch gebackenen Bagels bestreut die Bäckerei mit Zatar, einer arabischen Gewürzmischung: „Jüdisch-palästinensischer Kulturaustausch sozusagen“, meint Falk Wendt schmunzelnd. Viele Bewohner freuen sich über den neuen Laden und das zusätzliche Angebot im Gebiet. „Wir verstehen uns als Kiezbäcker“, betont der Filialleiter – wohlwissend, dass eine Bio-Bäckerei schnell als Gentrifizierungsbedrohung angesehen wird. Doch Wendt gibt Entwarnung: Obwohl nur regionale Bio-Rohstoffe verwendet werden, sei die Brezel auch nicht teurer als bei den Bäckereiketten. ■

KONTAKT

Beumer & Lutum im Metropolenhaus
Montag bis Freitag 8-18 Uhr
Samstag und Sonntag 8-15 Uhr
Telefon 25800872
www.beumer-lutum.de

INFO

1993 eröffneten Christa Lutum und Tony Beumer eine Hinterhofbackstube mit kleinem Verkaufsraum in der Cuvrystraße in SO36. Inzwischen gibt es sechs Filialen, vier davon in Kreuzberg. Für ihr vorbildliches Engagement in Sachen Ausbildung wurde Beumer & Lutum 2019 von der Bundesagentur für Arbeit Berlin Mitte ausgezeichnet. Zu den hohen ökologischen Standards gehören Lastenräder, eine E-Fahrzeugflotte und die Nutzung von Öko-Strom.

ALLES KOMMT AUF DEN TISCH

BEIM „AUFBRUCH MEHRINGPLATZ“ WERDEN ÄRGER UND PROBLEME IN DER SÜDLICHEN FRIEDRICHSTADT BESPROCHEN

Rund 100 Anwohner sind am 14. Juni in die taz-Kantine zum „Aufbruch Mehringplatz“ gekommen. Alles, was in der Südlichen Friedrichstadt schief läuft und was man dagegen tun kann, sollte auf den Tisch. „So richtig glücklich und zufrieden sind einige hier nicht“, eröffnete Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, die mit drei Stadträten angetreten war, die Veranstaltung.

Kriminalität, Drogenhandel und Unsicherheit im öffentlichen Raum wurden häufig beklagt. Die Vermüllung der Grünanlagen, Ladenleerstände, die Verwahrlosung der Wohnhäuser Wilhelmstraße 2-6 und die Zukunft der Schulen sind Themen, die in der großen Runde angesprochen wurden. Daneben stellten die Stadträte sich auch zehnminütigen Einzelgesprächen.

Nach der Auftaktveranstaltung haben sich fünf Arbeitsgruppen zu den Themen Jugend, Wohnen, öffentlicher Raum, Gewerbe und Nachbarschaft gebildet, die sich seither zweimal getroffen haben. Am 26. November (nach Redaktionsschluss dieser SÜDSEITE-Ausgabe) trafen alle wieder zusammen, um konkrete Maßnahmen für sichtbare Verbesserungen zu verabschieden. Im nächsten Jahr werden diese in einer weiteren großen Nachbarschaftsversammlung auf den Prüfstein gestellt.

Das Projekt „Aufbruch Mehringplatz“ läuft bis Ende 2020 und wird über das Quartiersmanagement mit 40 000 Euro aus dem Programm Soziale Stadt finanziert. ■

»Wir müssen in der Kommunikation mal einen neuen Schritt wagen.«

Sozialstadtrat Knut Mildner-Spindler

LIEBE, GLÜCK UND ANDERE DINGE

WELCHE WÜNSCHE SOLLEN AUF DEM GRUND DES NEUEN WASSERSPIELS IM BESSELPARK EINGELASSEN WERDEN?

Eine Rolex-Armbanduhr und ein iPhone – diese Wünsche fielen den Schülern der Kurt-Schumacher-Schule beim Wunschbrunnen-Workshop in der ABG als erstes ein. Doch das Märchen vom Fischer und seiner Frau machte den Kindern klar: Maßlosigkeit führt nicht unbedingt zum Happy End. Nach und nach wurden auch immaterielle Wünsche geäußert. Liebe und Glück beispielsweise. Oder Respekt. Schließlich sollte jedes Kind einen Fisch basteln, der diesen Wunsch im Maul trägt. Nach der Bastelaktion in der AGB lief die Schülergruppe gemeinsam zum Besselpark, wo man die bunten Papierfische auf einer Wäscheleine aufhängte.

Auch Passanten wurden an diesem Nachmittag des 13.September auf ihre Wünsche angesprochen. Die einen nannten eine gute Nachbarschaft, Gesundheit, Frieden oder Gottes Segen. Andere wünschten sich ganz Konkretes: Toiletten im Park oder mehr Sauberkeit und Ordnung im Kiez. Abzüglich der Doppelungen kamen rund 80 Wünsche zusammen, einige auch in einer der vielen Sprachen, die im Kiez gesprochen werden. Baubeginn für den Wunschbrunnen ist voraussichtlich im Frühjahr 2020. ■

INFO

Der Volksglaube, dass Brunnen Wünsche in Erfüllung gehen lassen, existiert schon seit Jahrhunderten in ganz Europa. Der berühmteste Wunschbrunnen ist der Trevi-Brunnen in Rom, in den täglich Tausende von Touristen eine Münze werfen. Die Legende soll darauf zurückgehen, dass das Wasser göttliche Wesen in sich trägt.

FÜNF JAHRE MIETENSTOPP

DER SENAT FÜHRT IM NÄCHSTEN JAHR DEN VIELDISKUTIERTEN MIETENDECKEL EIN

»In den nächsten fünf Jahren muss kein Mieter mehr fürchten, wegen exorbitanter Mietsteigerungen oder hoher Modernisierungsumlagen sein Dach über dem Kopf zu verlieren.«

Katrin Lompscher, Stadtentwicklungssenatorin

Im nächsten Jahr kommt der Mietendeckel. Für fünf Jahre werden die Mieten weitgehend eingefroren und an einer festen Obergrenze gekappt. Das Gesetz gilt für alle Berliner Mietwohnungen, nur Sozialwohnungen, Trägerwohnungen und Wohnheime sowie Neubauten ab 2014 sind ausgenommen.

Alle Mieten, auch Staffel- und Indexmieten, werden auf dem Stand eingefroren, der am 18. Juni 2019 wirksam vereinbart war. Ab 2022 werden Mieterhöhungen in Höhe der Inflationsrate von höchstens 1,3 Prozent im Jahr möglich sein – aber nur, wenn die Miete die festgelegte Obergrenze noch nicht erreicht hat.

Die Mietobergrenzen sind nach Baujahr und Ausstattung gestaffelt. Für vollausgestattete Wohnungen liegen die Nettokaltmieten zwischen 5,95 Euro und 9,80 Euro pro Quadratmeter monatlich. Für Wohnungen, die nicht über Sammelheizung und Bad verfügen, liegen die Obergrenzen noch darunter. Die eingefrorene Miethöhe gilt auch bei Mieterwechsel – das heißt, die Miethöhe des Vormieters gilt weiter. Wenn aber diese Vormiete über der Obergrenze liegt, wird sie auf das zulässige Maß abgesenkt.

Eingeschränkt werden auch Mietsteigerungen nach Modernisierungen. Die Umlage der Kosten wird so gekappt, dass sich die Monatsmiete höchstens um 1 Euro pro Quadratmeter erhöht. Erlaubt werden nur noch Modernisierungen, die der Energieeinsparung dienen, also Wärmedämmung, Heizungsaustausch und Fenstererneuerung, oder Zugangsbarrieren beseitigen wie Aufzuganbau oder der Rückbau von Fußbodenschwellen.

Neun Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, also voraussichtlich ab Herbst 2020, sollen auch bestehende Mieten abgesenkt werden können: Wenn eine Miete mehr als 20 Prozent über der zulässigen Obergrenze liegt, kann der Mieter beantragen, die Miete auf dieser Höhe zu kappen.

Der Mietendeckel ist für Berlin juristisches Neuland. Vermieter nehmen diese Neuregelung stark unter Beschuss, und es sind auch schon Klagen gegen das Gesetz angekündigt. Das sollte Mieter aber nicht davon abhalten, sich gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen zu wehren. Der Riesenvorteil für die Mieter: Sie haben den Staat an ihrer Seite, der dafür sorgt, dass der Mietendeckel durchgesetzt wird. ■

INFO

Mietobergrenzentabelle und alle detaillierten Informationen zum Mietendeckel: www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraum/mietendeckel/

Kostenlose Mieterberatung: Montags 16 bis 18 Uhr im tam, Wilhelmstraße 116/117; ebenfalls montags 16 bis 18 Uhr in der Kiezstube, Mehringplatz 7 (mit Anwalt)

Hallo Kinder! Bald wird es ein Museum nur für uns geben, mit einer riesigen Arche Noah und ganz viel Platz zum Entdecken, Forschen und Spielen. Dieses Mal habe ich den Kinderbeirat des Museums besucht.

Von plastikfressenden Krabben und einem Münzwechsler-Mammut

Natürlich braucht es für ein Kindermuseum auch Kinder als Beraterinnen und Berater. Die Schüler aus der Kurt-Schumacher-Schule und der Galilei-Schule haben mir erzählt, dass man ein wenig Glück haben musste, um beim Kinderbeirat mitmachen zu können. Denn alle können nicht mit dabei sein. Beim letzten Treffen haben die Schüler zusammen mit den Erwachsenen des Kindermuseum-Teams überlegt, was gut für die Umwelt ist. Bei der Geschichte von der Sintflut und der rettenden Arche geht es schließlich auch um solche Sachen wie Überschwemmungen, Klimawandel und bedrohte Tierarten. Bei dem Termin heute, wo ich mit dabei bin, soll jeder ein Tier der Zukunft erfinden und basteln, aus Ohrenstöpseln, Plastiklöffeln, bunten Federn und anderen Materialien.

Julian ist ganz stolz auf sein Kolo. Das Kolo frisst Kohlendioxid und wandelt ihn in Sauerstoff um. Dazu hat es einen Tank auf den Rücken. Carls Stromableiter ist auch nicht schlecht. Der kann Blitze ableiten, so dass kein Waldbrand entsteht. „Der Strom wird dann in die Steckdose weitergeleitet“, erklärt mir Carl. Ganz toll finde ich auch die Krabbe von Padme. Sie kann Plastik im Meer aufsammeln und auffressen. „Im Meer schwimmt ganz viel Plastik herum und viele Tiere sterben daran“, weiß Padme. Nach dem Mittagessen kommt die schwierigste Aufgabe: diejenigen Fantasietiere auszuwählen, die in die Ausstellungsvitrine des Kindermuseums kommen sollen. Also ich finde alle gut. Und ich freue mich riesig auf das neue Kindermuseum! ■

»Mein Mammut-Roboter kann Münzen in Scheine umwandeln. Dann muss man nicht mehr mit dem Auto zur Bank fahren.«

Okan aus der 6. Klasse der Galilei-Schule erklärt, warum sein Tier umweltfreundlich ist.

Hey Vicky, vorm U-Bahnhof sehe ich manchmal Leute, die mit ihren ganzen Sachen auf der Straße campieren. Haben die kein Zuhause?

Ja, viele von ihnen sind obdachlos. Manche haben zuerst ihren Job und dann ihre Wohnung verloren, weil sie Alkoholiker sind. Aber manche haben auch erst angefangen zu trinken, seit sie auf der Straße leben. Das ist nämlich ganz schön hart. Wenn man mal angefangen hat mit dem Trinken, ist es sehr schwer, wieder damit aufzuhören. Das ist eine richtige Krankheit. Im Winter gibt es Kirchen und andere Häuser, wo Obdachlose kostenlos übernachten können. Aber manche wollen das nicht.

Wenn Ihr Fragen an Vicky habt, dann schreibt per E-Mail an vicky@hnh-presse.de oder per Post an H&H Presse Büro Berlin, Vicky, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Antwort kommt garantiert.

INFO

Das Kindermuseum des Jüdischen Museums Berlin soll am 17. Mai 2020 eröffnet werden. Es heißt ANOHA, das kommt von Arche Noah. Den Namen haben sich die Kinder ausgedacht.

Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz 1 (gegenüber vom Jüdischen Museum). Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 9-17 Uhr, Samstag und Sonntag 10-18 Uhr

VORSCHAU

Um Einkaufsläden und Gastronomie steht es am Mehringplatz nicht gut. Etliche wurden geschlossen, weitere sollen folgen. Die SÜDSEITE nimmt die Entwicklung ins Visier.

IMPRESSUM

SÜDSEITE 04 | 2019
6. Jahrgang
Erscheinungstermin: 2.Dezember 2019

Herausgeber:
asum GmbH, Kerima Bouali (VisdP)
Sonntagstraße 21
10245 Berlin
Telefon 2934310
info@asum-berlin.de
www.asum-berlin.de

im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Gesamtherstellung:
H & H Presse Büro Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
leserservice@hnh-presse.de
www.hnh-presse.de

Redaktion:
Udo Hildenstab, Birgit Leiß, Jens Sethmann

Fotografie:
Christian Muhrbeck, Stadtkontor, Jens Sethmann, Wikipedia

Grafik und Layout:
Julia Gandras, Kersten Urbanke